

In der Gesamtschau hinterlässt der Band zunächst einen soliden Eindruck: Er versammelt spannende Überlegen zum Thema Staat und Staatlichkeit. Allerdings enttäuschen einige Artikel mit einem nur schwer erkennbaren Bezug zum Thema des Bandes. Wünschenswert wären auch Verweise zwischen den einzelnen Texten gewesen. Überzeugend wirken die Breite der Themen sowie einige recht interessante Analysen. Dadurch, dass diese so herausragen, fällt die unterschiedliche Qualität der Einzelbeiträge stärker auf.

Irritierend ist jedoch der avisierte Preis des Bandes von 98 €: Vor allem die (im Sammelband nicht kenntlich gemachte) vollständige Übernahme der Beiträge aus einem Doppelheft der „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften“ (Heft 3-4/2009; Preis: 39 €) verwundert. Eine gegenüber dem Editorial der Zeitschrift geringfügig veränderte Einleitung sowie die im Sammelband ergänzte Zusammenfassung der drei Herausgeber können diesen Aufschlag nicht rechtfertigen.

*Torsten Preuß*

Feld, Lars P., Peter M. Huber, Otmar Jung, Christian Welzel und Fabian Wittreck (Hrsg.). *Jahrbuch für direkte Demokratie 2010*. Baden-Baden. Nomos 2011. 429 Seiten. 59 €.

Das Themenfeld der direkten Demokratie hat in den letzten Jahren im politischen Raum und in der wissenschaftlichen Diskussion eine rasch wachsende Bedeutung erfahren, und in einem Jahrbuch mit interdisziplinärem Konzept findet das seinen sinnfälligen Ausdruck. Wie der Eröffnungsband des *Jahrbuchs für direkte Demokratie* (JfD) für das Jahr 2009 erweist sich auch der zweite

Band für 2010 erneut als Fundgrube vielfältiger Informationen und Reflexionen. In der Struktur mit Abhandlungen, Dokumentation, Länderberichten, Rechtsprechung, Gutachten, Rezensionen und Literatur wird die Heterogenität der Beiträge gut eingefangen. Die wiederkehrenden Teile bieten Grunddaten zu Volksbegehren und Volksentscheiden in den Bundesländern (Otmar Jung), Länderberichte über die Praxis direkter Demokratie in den US-Bundesstaaten (Hermann Heußner) und in der Schweiz (Axel Tschentscher und Dominika Blonski), einen aktuellen Rechtsprechungsüberblick (Fabian Wittreck) sowie neu erschienene, auch internationale Literatur.

Waren die problemorientierten Abhandlungen im ersten Band stärker von staatsrechtlichen Diskussionen geprägt, tritt diesmal der interdisziplinäre Charakter mit mehreren politikwissenschaftlichen Aufsätzen zu möglichen institutionellen Gestaltungen direkter Demokratie auf Bundesebene deutlicher hervor. Werner Patzelt erörtert ein breites Spektrum direktdemokratischer Verfahrensformen unter Einschluss der Initiative für neue Gesetzesvorschläge (Volksgesetzgebung) und diskutiert die jeweiligen funktionalen Potentiale. Demgegenüber argumentiert Frank Decker mit strenger Ableitung aus dem Systemmodell parlamentarischer Mehrheitsdemokratie gegen eine Volksgesetzgebung und kann sich allenfalls für ein volksinitiiertes Gesetzesreferendum erwärmen. Thomas Benedikter untersucht im Vergleich Südtirols und der mehrsprachigen Kantone der Schweiz, inwieweit direkte Demokratie die Rechte und Interessen von Sprachminderheiten beeinträchtigen kann. Während sich die wenigen einschlägigen Abstimmungen in der Schweiz nur sel-

ten nachteilig auswirkten, zeigt sich die Lage in Südtirol offenbar wesentlich stärker von Misstrauen geprägt, woran ein Volksentscheid zugunsten besserer Volksrechte 2009 scheiterte. Ein Vorschlag für zusätzliche Schutzregelungen bei Referenden zu „ethnisch sensiblen Sachfragen“ durch zwei- beziehungsweise dreifachen sprachgruppenbezogenen Mehrheiten verdient daher Interesse über den Beispielsfall Südtirol hinaus. Eine Umfrage von *Lars P. Feld, Zohal Hessami und Lisa Reil* prüft die Unterstützung für die Einrichtung direkter Demokratie im Vergleich von Politikern und Bürgern, wobei insbesondere konservative Politiker starke Vorbehalte zeigen, während sich Bürger trotz mancher Besorgnisse mit deutlicher Mehrheit positiv äußern. Die quantitative Basis für die sehr differenzierten statistischen Auswertungen erweist sich freilich als relativ schmal. Zahlreiche Beiträge informieren über politische Entwicklungsprozesse direkter Demokratie, so über die Neuregelung des Volksentscheids in Bremen im September 2009 (*Dian Schefold*) und über die Entstehungsgeschichte der Europäischen Bürgerinitiative im Lissabon-Vertrag samt Ausführungsregelungen, die ab 1. April 2012 wirksam werden (*Bruno Kaufmann*). Für Frankreich berichten *Sabine Kuhlmann* und *Philipp Richter* über formale Weiterentwicklungen der Referendumsinstrumente auf lokaler Ebene, die jedoch faktisch an den Strukturen des tradierten Lokalpräsidentialismus gescheitert sind. Den dramatischen Zusammenbruch von Finanzwirtschaft und Staatslegitimation in Island 2008 und das überwältigend negative Referendumsvotum gegen die Rückzahlungsmodalitäten im Fall *Icesave* an Großbritannien und die Niederlande untersucht

*Meike Sommer*. Die Entwicklungen zur Erweiterung direktdemokratischer Verfahren in der Verfassung konnten allerdings (Mitte 2010) nicht mehr berücksichtigt werden (über den vorliegenden Entwurf wird es im Herbst 2012 zu einem Verfassungsreferendum kommen). Zum Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern gibt *Bärbel M. Weixner* einen Verlaufsbericht, zu dem *Harald Schoen, Alexander Glantz und Rebecca Teusch* eine empirische Analyse über Informationsvermittlung und ihre begrenzten Wirkungen für das Abstimmungsverhalten beisteuern.

Das Jahrbuch dokumentiert auch das Gutachten, das *Georg Hermes* und *Joachim Wieland* für die SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag zu der Frage erstattet haben, ob und in welcher Weise ein Gesetz zum Ausstieg aus „Stuttgart 21“ einem Volksentscheid unterworfen werden könnte. Angesichts der restriktiven und komplizierten Regelungen der Landesverfassung zu Volksentscheiden verdient dieses Gutachten besondere Beachtung, da es den Weg für die Durchführung des Volksentscheids 2011 gewiesen hat und Klärungen für eine Reihe von Grundsatzfragen, insbesondere finanzwirksame Entscheidungen, bietet. Dass der Volksentscheid den Gegnern des Bahnhofsprojekts politisch keinen Erfolg brachte, wohl aber zur Problemlösung innerhalb einer gespaltenen Regierung und zur Befriedung eines hoch polarisierten Konflikts beitrug, steht auf einem anderen Blatt.

*Theo Schiller*